

MEXIKO: Bundesstaat Morelos: Sexuelle Enthaltensamkeit statt Verhütungsmittel

20.02.2012 13:22

von Adriana Mújica M.

(Mexiko-Stadt, 22. Januar 2012, [cimac](#)).- Der Regierung im Bundesstaat Morelos scheint es an Anti-Empfängnis-Dienstleistungen für Heranwachsende zu mangeln. Stattdessen werde auf sexuelle Enthaltensamkeit gesetzt, kritisierte Patricia Bedolla Zamora, Koordinatorin des Lateinamerikanischen und Karibischen Komitees zur Verteidigung der Frauenrechte Cladem-México (Comité de América Latina y el Caribe para la Defensa de los Derechos de la Mujer).

In einem Interview mit Cimacnoticias zeigte sich Bedolla Zamora besorgt, dass die Schwangerschaften unter Jugendlichen in Morelos in den letzten Jahren zugenommen hätten und dies Folge mangelnder öffentlicher Präventivpolitik sei. „Im Gesundheitssektor von Morelos existieren keine Strategien für den Umgang mit Empfängnisverhütung für junge Menschen und die wenigen Informationen, die die heranwachsende Bevölkerung erhält stammen aus Vorträgen, die Sozialorganisationen an den Schulen halten“, erklärte Bedolla Zamora.

Ferner hob sie hervor, dass es sogar für nichtstaatliche Vereinigungen schwierig sei Informationen anzubieten, da es insbesondere an öffentlichen Schulen negativ behaftet sei, „über Sex, sexuelle Beziehungen und deren Folgen zu sprechen“. Das scheine zur Politik im Bundesstaat zu gehören, „da staatliche Instanzen wie die Uneingeschränkte Familienentwicklung DIF (Desarrollo Integral de La Familia) oder das Institut für Jugendliche die sexuelle Abstinenz fördern um unerwünschten Krankheiten vorzubeugen, jedoch nicht um Schwangerschaften zu verhindern, da der Glaube besteht, dass ein Kind zu bekommen ein Segen ist.“

„Vorübergehende Unterstützung“, Stipendien für Schwangere

Bedolla Zamora kritisierte an der öffentlichen Politik, dass sie Stipendien an schwangere Jugendliche vererbe, damit diese ihr Studium nicht abbrechen. „Es handelt sich lediglich um ein Palliativ, das keine dauerhafte Lösung darstellt angesichts der bedeutenden Tatsache, dass man sich mindestens die folgenden 18 Jahre um einen Sohn oder eine Tochter zu kümmern hat.“

Sie wies darauf hin, dass diese Art von Unterstützung die Heranwachsenden dazu bringe, sich eine schlecht bezahlte Arbeit zu suchen oder, wie in den meisten Fällen, in die Kategorie der Unterbeschäftigten zu rutschen.

„Deshalb ist es dringend nötig, dass der Staat anstelle von Pseudo-Lösungen eine öffentliche Präventivpolitik entwickelt sowohl was die öffentliche Gesundheit als auch ökonomische Aspekte betrifft... Wenn die Öffentliche Politik Stipendien vergibt, dann müssten diese fortbestehen, bis die Jugendlichen ihr Studium beendet haben und ihnen parallel dazu Arbeits-Stipendien gewähren“, forderte die Expertin.

„Schwangere junge Frauen brechen automatisch die Schule ab; in einigen Fällen sind sie an ihr Heim gebunden oder mit einer Serie von Aufgaben betraut und müssen sowohl für sich als auch für ihr Kind oder sogar für die Familie sorgen, bei der sie leben (sei es die eigene oder die ihres Partners, der für die Schwangerschaft verantwortlich ist)“, so Bedolla Zamora weiter.

Zahl der Hilfe suchenden jungen Mütter gestiegen

Patricia Bedolla berichtete, dass ihr bei der Feldforschung in Morelos aufgefallen sei, dass die Zahl der „Kinds-Mütter“ gestiegen ist, die um Hilfe oder Informationen ersuchen. „Der Großteil der Partner entzieht sich der Verantwortung und in den wenigen Fällen, in denen sie sich doch verantwortlich zeigen, ist die Problematik nicht vollständig beseitigt. Es handelt sich ja ebenso um Jugendliche, die ihr Studium beenden müssen, um aufgrund ihres niedrigen Bildungsniveaus unter äußerst schlechten Bedingungen auf den Arbeitsmarkt zu wechseln.“ Zudem würden die schwangeren Teenager im Regelfall in den Privatbereich verbannt.



Die Leiterin von Cladem-Mexiko forderte von den Verantwortlichen den politischen Willen, um den Heranwachsenden qualitativ hochwertige sexuelle Aufklärung und Verhütungsmittel gratis zur Verfügung zu stellen. Ferner verteidigte sie das Recht auf Abtreibung, damit eine ungewollte oder ungeplante Schwangerschaft nicht die Möglichkeiten und Pläne für das Leben der Jugendlichen unterbrechen.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass Morelos zu den 17 Staaten innerhalb der Republik gehört, die seit 2008 ihre lokalen Gesetze geändert haben um „das Leben ab der Empfängnis zu schützen“. Darum sind die Gründe für eine legale Abtreibung äußerst beschränkt.

Quelle: [poonal](#)

[Zurück zur Newsübersicht](#)